

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 15 Mk., bezogen durch Boten bezogen monatlich 16.50 Mk., bezogen nachmals 14.00 Mk. frei Haus. Einjährig vierteljährig nachmals 60 Bfg. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hallesche Straße 2. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spaltenbreite Millimeter Zeitraum 1 Wk. und der Spaltenbreite Millim. Restraum 6 Wk. Die laufende Monatsausgabe wird vom Besizer auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 6.00 Mk. in Zahlung genommen. Bistagegebühr 75 Bfg. Worte besonders. Anzeigen für den Vormittag 11 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Volk.

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 90.

Dienstag, den 18. April 1922.

162. Jahrgang

Tageschronik

Wischen der deutschen und russischen Genua-Delegation wurde der Friedensvertrag unterzeichnet. Hebererfassung und Entkräftung bei den Alliierten. In einem Schreiben an das Reichsgericht kündigt Kapp seine bedingungslose Selbstentlassung an. Die Gewerkschaft deutscher Lokomotiv- und Schiffsheizer haben ebenfalls den Austritt aus der Reichsgewerkschaft beschlossen.

Kapp stellt sich bedingungslos.

Berlin, 18. April. Der frühere Generallandschaftsdirektor von Preußen, Wolfgang Kapp, hat den rechtsgerichteten Berliner Zeitungen folgendes Schreiben zugehen lassen:

Schweden, den 9. April 1922.

An das Deutsche Reichsgericht

in Leipzig.

Mein Anerkennen, mit unter Hinterlegung einer Kaution von 100 000 Mark freiwillig zu stellen, wenn mir sicheres Geleit und Verpflegung mit der Untersuchungshaft gewährt würde, ist vom Reichsgericht, wie ich aus den Zeitungen entnehme, auch in der Reichsberichterstattung abgelehnt worden.

Die gegen Jagenow und Gen. eingangene Reichsgerichtsentscheidung vom 21. 12. 21 ist insoweit in einer abschließlichen Ausfertigung zu meiner Kenntnis gelangt. Sie hat in mir die Überzeugung nur befestigt, daß die Reichsgrundlagen, die sich die Entscheidung zu eigen gemacht hat, zu einem Festspruch geführt haben. Durch eine unglückliche Behandlung, als sie allen anderen am März-Interimessen 1920 Beteiligten bisher zugehandelt worden ist, kann ich mich von der Erfüllung des, was ich als Recht einer Pflicht erkannt habe, nicht abhalten lassen. Ich werde mich nunmehr dem Gericht bedingungslos zur Verfügung stellen.

Nach diese bedingungslose Selbstentlassung ändert, wie ich hiermit ausdrücklich erkläre, nicht das geringste an meinem grundsätzlichen Standpunkt, daß ich einer Regierung über mich wegen der März-Ereignisse 1920 keinerlei Rechenschaft schuldig bin. In deutschen Landen scheint nachdrücke ganz vergessen zu werden, wer in Wahrheit die Hauptverurteilten am deutschen Volke sind, und wohn in der Trenn-, Eib- und Verhaftungsbau von 9. November 1918 mit dem Gleich und Gleich folgerichtig ist schließenden Ring, Waffenstillstand - Versailles - Spa - London - Genf und jetzt Paris - Genua, das deutsche Volk geführt hat und noch weiter führen wird. Die Männer vom November 1918 werden in der Geschichte für immer als furchtbare Hochverräter dastehen. Doch kein Gerichtshof der Welt wird die Teilnehmer des März-Interimessen 1920, und wenn er sie hundertfach des Hochverrats für schuldig erklärt, jemals zu Hochverrätern an ihrem Vaterlande hängen können.

Nur um ein von Pflicht und Gewissen mit auferlegtes Gebot erfüllen zu können, belege ich mich unter Aufgabe meines Ansehens aus freiem Entschluß in den Nachbereich der zeitigen deutschen Gewaltthäter. Nach Erledigung meiner persönlichen Angelegenheiten treffe ich Ende April in Deutschland ein.

Gen. Dr. Wolfgang Kapp,

Königl. Preuß. Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat.

Barnimünde, 18. April. In Barnimünde verbreitete sich am Dienstag das Gerücht, daß Dr. Kapp aus Schweden kommend, in der Richtung nach Leipzig durchgereist sei. Eine Befragung des Gerüchtes war in den späten Abendstunden nicht mehr zu erhalten.

Abbau der Abrüstungskommissionen?

Paris, 18. April. Der Oberste Rat hat der deutschen Regierung eine Mitteilung zugehen lassen, wonach der Abbau der schließlichen und bestehenden Abrüstungskommissionen der Entente in Deutschland und die Hebererfassung ihrer Ausgaben durch eine kleine Entente-Kommission beabsichtigt ist. Weiter ist mitgeteilt worden, daß der Rat von Flugzeugen ausgenommen Kampfflugzeuge, von 5. Mai ab wieder gestattet ist. Von unterzeichneter Seite wird ausdrücklich vor einem allgeringen Optimismus gewarnt, an hinzugefügt, daß diese Nachricht amtlich nicht bestätigt werden kann.

Weitere Abspaltungen von der Reichsgewerkschaft

In der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter macht die Befreiung weitere Fortschritte. Dem Weisheit anderer Gruppen folgend, die mit der Richtung Menne-Schaffner nicht einverstanden sind, hat jetzt auch die Gewerkschaft deutscher Lokomotiv- und Schiffsheizer mit etwa 10 000 Mitgliedern den Austritt aus der Reichsgewerkschaft beschlossen.

Offizieller deutsch-russischer Friedensschluß.

Unterzeichnung des „Nitervertrages“ in Genua.

Der Wortlaut des Vertrages.

Genua, 18. April. Die seit mehreren Monaten schwebenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland haben am Dienstag zum Abschluß geführt. Der Charakter des unterzeichneten deutsch-russischen Vertrages läßt sich kurz dahin kennzeichnen, daß die beiden Regierungen damit unter die Vorgesandtheit einen Schritt machen und zugleich auf dem Boden der Gleichberechtigung ein Fundament für den künftigen gemeinsamen Wiederaufbau legen und daß damit ferner der Friedenszustand mit Rußland der infolge der jüngst erfolgten Aufhebung des Vertrages von Brest-Litovsk noch nicht bestand, hergestellt wurde. Die deutsche Regierung, was rückwärts anerkannt werden muß, hat auf dem glücklicheren Boden von Genua erfolgreich gearbeitet und wird ein Friedensdokument mit nach Hause bringen, dessen Wert nicht hoch genug beansprucht werden kann, sofern die russische Regierung in der Lage ist, auch für die Zukunft an ihrer Interschrift festzuhalten. Der Vertrag hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung, vertreten durch Reichsminister Dr. Rathenau und die russische Föderative Sowjetrepublik, vertreten durch G. G. G. G., sind unter folgende Bedingungen übereingekommen:

Artikel 1: Die beiden Regierungen sind darüber einig, daß die Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und der russischen Sowjetrepublik über Fragen aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Rußland auf folgender Grundlage geregelt werden:

Die deutsche Regierung und die Sowjetrepublik verzichten gegenseitig auf den Ertrag der Kriegsschäden sowie auf den Ertrag der Kriegsschäden, d. h. derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen im Kriege sowie durch militärische Maßnahmen einschließlich aller im Friedensstande vorgenommenen Requisitionen entstanden sind. Desgleichen verzichten beide Teile auf den Ertrag der zivilen Schäden, die den Angehörigen eines Teiles durch die sogenannten Kriegsausnahmegesetze der politischen Gewalt eines Staates Angehörigen des anderen Teiles verursacht worden sind. Die durch den Kriegszustand betroffenen ökonomischen und privatrechtlichen Beziehungen einschließlich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des anderen Teiles geratenen Handelsfähigkeiten werden nach den Grundgesätzen der Gegenseitigkeit geregelt werden. Deutschland und Rußland verzichten gegenseitig auf Entschädigung der beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgefangene. Ebenso verzichtet die deutsche Regierung auf Entschädigung der von ihr für die in Deutschland internierten Angehörigen der Roten Armee gemachten Aufwendungen, die russische Regierung ihrerseits auf die Entschädigung des Erlöses aus von Deutschland vorgenommenen Verkäufen des von seinen Internierten nach Deutschland gebrachten Kriegsgüter.

Artikel 2: Deutschland verzichtet auf die Ansprüche, die sich aus der bestehenden Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der Sowjetrepublik auf deutsche Reichsangehörige sowie auf die Rechte des Deutschen Reiches gegenüber Rußland und ferner aus den von der Sowjetregierung oder ihren Organen gegen deutsche Staatsangehörige (Sozialisierungsmassnahmen d. Med.), vorausgesetzt, daß die Regierung aus alle Ansprüche gegenüber dritten Staaten nicht anders behandelt.

Artikel 3: Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen des Deutschen Reiches und der Sowjetrepublik werden jegliche wieder aufgenommen. Die Zusammenfassung der beiderseitigen Konsulate wird durch besondere Abkommen geregelt werden.

Artikel 4: Die beiden Regierungen sind ferner auch darn einig, daß für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teiles wie auch des anderen Teiles und für die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatze der Weisheit gelten soll. Der Grundsatze der Weisheit erstreckt sich nicht auf die Vorrechte und Abmachungen, die die Sowjetrepublik einer anderen Sowjetrepublik oder einem solchen Staate gewährt, der früher einen Bestandteil des ehemaligen Rußlands bildete.

Artikel 5: Die beiden Regierungen werden den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage auf internationaler Basis werden sie vorher in einen Gedankenaustrausch eintreten. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, die ihr in den Verhandlungen mitgeteilte von privaten Firmen beabsichtigte Vereinfachung nach Möglichkeit zu unterstützen.

Artikel 6: Die Artikel 1-4 dieses Vertrages treten mit der Ratifikation, die übrigen Bestimmungen sofort in Kraft.

Ein amtlicher Kommentar.

Genua, 18. April. Die abgelaufenen Verhandlungen über den deutsch-russischen Vertrag sind am Dienstag den ganzen Tag über von Dr. Rathenau und Ministerialdirektor von Walsbahr mit den Sowjetdelegationen in Santa Margherita geführt worden. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Deutschland und Rußland ist die Zustimmung des Reichspräsidenten eingeholt worden war.

In das Verhältnis der beiden Staaten zu dritten Staaten greift dieser Vertrag in keiner Weise ein. Die Rechte die von der friedlichen deutsch-russischen Auseinandersetzung erhofft werden können, werden ganz Europa zuteilkommen. Wenn die Herbeiführung des deutsch-russischen Ausgleichs gerade während der Konferenz von Genua zur Tatsache geworden ist, so bedeutet das also nicht einen Versuch auf die von der Konferenz beschlossenen allgemeinen europäischen Ziele. Die beiden Vertragsparteien, die Verhandlungen sind vielmehr übereingekommen, daß sie zu ihrem Ziel durch die getroffene Vereinbarung zur Erreichung des Hauptzieles der Konferenz, nämlich der endgültigen Herstellung des europäischen Friedens, nicht wesentlich beitragen haben.

Das nunmehr zustandgekommene Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Rußland wird nach Mitteilung von ausländischer deutscher Seite in Berlin die Grundlage für alle weiteren Verträge mit Rußland bilden. Verhandlungen über den Abschluß des Abkommens haben seit Monaten geschwebt. So wurde insbesondere bei der letztmaligen Anwesenheit der russischen Vertreter in Berlin vor etwa zwei Monaten das Abkommen schon paragrafisiert, ohne damals formell zum Abschluß zu kommen. Die ersten ruhigen Tage in Genua werden nunmehr zum Abschluß benutzt und man kann hoffen, daß mit dem Abschluß des Vertrages klare und eindeutige Voraussetzungen für die Wiederherstellung insbesondere der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland geschaffen sind. Neben diesen wirtschaftlichen Beziehungen steht das Abkommen die Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland vor, stellt sich also im Grunde als ein ertrag der, wie oben die Stelle des im Artikel 2 Vertrag für unglücklich erklärten Welt-Abkommens Vertrages zur Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nötig geworden war.

Entkräftung in Genua.

Verhandlungen zwischen Alliierten und den Russen

Genua, 18. April. Die Nachricht, daß Deutschland und Rußland in Genua ein Abkommen geschlossen haben, hat wie eine Bombe eingeschlagen. Deutschland wird in den nächsten Tagen auf eine harte Probe gestellt werden. Die Beeinflussung der Presse aus den verschiedenen alliierten Delegationen nahm bereits eine bestimmte Richtung an. Der allgemeine Charakter dieser Informationen war Entkräftung mit offener Austerität und die sofortige Abkehr von den alliierten Lager. Infolgedessen wird überall von Kofferreden gesprochen. England stellt die Voraussetzung auf, überaus zu sein. Es heißt, Schanze habe gegenüber den deutschen Delegierten sein Entschließen nicht verhehrt, wenn auch der deutsche Wunsch, nicht zwischen zwei Eithen zu geraten, selbstverständlich sei. Außerdem ist die englische Auffassung, die Konferenz werde nicht zusammenbrechen. Die englische Delegation will ruhig die Situation prüfen. Die gleiche Auffassung herrscht in allen alliierten Delegationen und ist gegenseitig vorhersehbar. Der Grad der öffentlichen Meinung in allen alliierten Ländern ist jedoch, falls Rußland von Genua aus geht.

Am Dienstag gegen Morgen sind die einladenden Mächte der Alliierten zusammengetreten, zu Verhandlungen über den Verlauf der Verhandlungen mit den Russen. Die Verhandlungen sollen im weiteren Verlaufe auf die zwischen Deutschland und Rußland getroffenen Abmachungen ausgebeugt werden. Eine Stellungnahme der Alliierten zu diesen Abmachungen liegt natürlich noch nicht vor. Die Grundla-

zweimter und dritter genommen, der sich nach langem Ringen zu einem einpassenden Geständnis bequeme.

Tagung des deutschen Verleger-Verbandes.

† **Esfurt, 18. April.** Der 25. Abgeordnetentag des Deutschen Verleger-Verbandes nahm den vom Ausschuss für sozialpolitisch vorgelegten Änderungsvorschlag des Sozialprogrammes an. Die Verhandlungen sollen einer Neuordnung auf Grund der Beschlüsse zu den vorliegenden Änderungen unterzogen werden. Der Ausschuss wurde über die Tätigkeit des Verbandsrates Bericht erstattet. Das Mitglied des Reichstagesratrates Buschmann wurde zum zweiten gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt. Eine sozialpolitische Abteilung soll nach Berlin verlegt werden. Die bisherigen Untersuchungsstellen werden mehr als verdoppelt. Der Verband soll auf 30 Mark monatlich festgelegt. Die Debatte über den Willen erkennen, weiter die gemeinschaftlichen Ziele des Verbandes zu verfolgen. Als Tagungsort des nächsten Abgeordnetentages wurde Weidenburg o. d. Saale bestimmt. Der Abgeordnetentag wurde am gestrigen Nachmittag mit einem Ruf nach tatkräftiger Arbeit für den Verlegerverband geschlossen.

Haarwurz in Berlin.

† **Berlin, 14. April.** Gestern morgen wurde im Hofen des Händlers Hof in seiner Wohnung von zwei Männern überfallen, die Geld verlangten, das ihnen freiwillig zufließen sollte. Die Täter ergriffen die beiden Männer und schleppten sie in den Hof hinter ein Hinterhaus. Dort hatten die beiden Kerle einen Handbogen mitgebracht. Als der Händler entgegnete, er sei ihnen nichts schuldig, schlug der eine mit einem Eisenstiel auf ihn ein, sodas er blutüberströmt zusammenbrach. Mit Hilfe konnte er wieder auf den Hof hinstürzen und um Hilfe rufen. Mit Hilfe der Hausbewohner gelang dann die Festnahme der Verbrecher. Bei einem von ihnen fand man 18 Wundschneide über verlegte Uhren, Feile und eine Wundschneide. Die Verhafteten gehören offenbar zu einer der Wundschneider, die in letzter Zeit mehrfach den Berliner Osten heimsuchen.

Ein Raubmord aufgefährt.

† **Berlin, 18. April.** Ein Raubmord der im November 1919 an einer 60jährigen Wittlerin Frau Bergmann auf ihrem einsamen Gehöft in Baulinienstraße bei Heilmannstraße verübt wurde, ist jetzt nach 2 1/2 Jahren aufgeklärt worden. Der Mord war von einem 23jährigen Kaufmann Heinrich Schneider und einem angehenden früheren Jäger Eismann verübt worden. Schneider wurde jetzt in der Gegend von Hanau verhaftet und nach Berlin gebracht, wo er schließlich ein Geständnis ablegte. Er behauptet, daß der Hauptkandidat seiner früheren Jäger sei, der wahrscheinlich zur Fremdenlegation gegangen ist.

Ein Fall von Malaria.

† **Ermsleben, 18. April.** Ein Fadenfall (Malaria) ist der einer im Hotel Goldener Ring wohnenden Person festgestellt worden. Verdächtigerweise wurden alle notwendigen Schutzmaßnahmen getroffen. Alle diejenigen, die in diesem Hotel während der letzten Tagen gewohnt haben, werden untersucht.

Explosion in Düsseldorf.

† **Düsseldorf, 16. April.** Heute früh kurz nach 3 1/2 Uhr ereignete sich auf in der Kölner Straße gelegenen Wohn- und Geschäftshaus der Wpht-Attiengesellschaft eine schwere Explosion. Ein Wpht-Attiengesellschaftler stieg in die Luft. Hunderte von Fensterböden der in der Kölner Straße gelegenen Häuser wurden durch den Aufbruch zerrüttet. Mehr als drei hundert von Zell schwebende Arbeiter geborgen worden, drei oder vier von ihnen haben je gefährliche Verwundungen erlitten, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Das Gebäude, in dem sich der Behälter befand, wurde zerstört. Der Betrieb der Werke kann weiter geführt werden.

Von den 18 schwerverletzten Arbeitern ist mehrere Stunden darauf einer gestorben.

Eine große Untersuchungsaffäre in München.

† **München, 15. April.** Seit Montag vormitag ist der Münchener Justizrat Anton Oenkerlin von München verschwunden. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß er den freiwilligen Tod in einem der oberbayerischen Seen gesucht haben dürfte. Er gab große Geldsummen aus zur Unterstützung von Erfindungen auf technischen, medizinischen und maschinellen Gebieten und unterzeichnete außer der Dergabe großer flüssiger Geldmittel zahlreiche Briefe, bevor infolge seiner Hebräerarbeit völlig den Lebenslauf über seine auf diese Weise entstandenen Verbindungen, die sich schließlich auf eine Reihe von Millionen bezifferten. Auch der Münchener Vatterologe Dr. Simon Krafft ist verschwunden. Man spricht von über vier Millionen Mark Schulden, für die Wechsel im Umlauf sind. Gänger hatte verschiedene Erfindungen des Vatterologen Dr. Krafft finanziert, deren Ausarbeitung durch Mangel an Kapital unmöglich sein soll. Gänger war bei dem Impfstoff Dr. S. Krafft erster Vorsitzender des Aufsichtsrates. Der Arzt Dr. Siegmund Krafft war der Eigentümer des der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Kapitals; er soll es mit 800 000 Mark nach Amerika verkauft haben. Um der Gesellschaft neues Kapital zu verschaffen, soll der Gänger in Verbindungen zu einem unrentablen Kohlenbergwerk in Unterfranken eingestiegen haben. Die Umständlichkeit, fälligen Wechsel...lichkeiten nach zuzunehmen, hat ihn dann zur Verzweiflung gebracht.

Im Falle Gänger ist letzter der Staatsanwaltschaft anzuzeigen die Verhaftung des verurteilten Betrages in Höhe von 3 1/2 Millionen Mark und der Untersuchung von Kapital in Werte von 2 1/2 Millionen Mark beauftragt. Die beiden Beschäftigten betreffen die juristische Verbindung, und die Klageantrag der Vermögenswerte Gängers.

Urteil in einem Wundschneidungsprozess.

† **Schwedt, 15. April.** In dem Prozess wegen der Sprengung der Eisenbahnstrecke zwischen Schwedt und Königsberg hat der Section Anwalt des dritten Obergerichtes vorigen Jahres beurteilt das Schwurgericht Haude und Kaufmann als Urheber des Attentats zu acht Jahren Zuchthaus, Meißel und Wagnis als Mitschläger bei der Sprengung zu fünf Jahren Zuchthaus. Weiter erzielten zwei Angeklagte je fünf Jahre Zuchthaus und zwei Angeklagte je sechs Monate Gefängnis. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Abbruch der Genue-Konferenz?

Neuer Stoff für die französische Hege.

Genue, 18. April. (Fig. Drahtberich.) Die Führer der Allierten, Lord Georges Curzon, Schaner und Rheims haben ihre gestrige Beratung auf heute mittag verschoben, weil von einer Macht ein Antrag eingekracht wurde, die Konferenz als abgebrochen zu erklären und zunächst schlingt den Obersten Rat einzuberufen. Auf englischen Vorschlag wurde beschlossen, die Tagung sämtlicher Kommissionen abzubrechen. Daher sollen heute vormittag nur die Sachverständigen der einladenden Mächte zusammenzutreten, damit sie die Vereinbarung des deutsch-französischen mit dem Verfaller Vertrag begutachten. Heute mittag werden dann die Chef der einladenden Mächte mit den Chef der Kleinen Entente zusammenzutreten, um das Gutachten entgegenzunehmen und dann ihre Beratungen über den Untereuchungsantrag fortzusetzen.

Paris, 18. April. Die französische Presse vertritt im großen und ganzen aus Anlaß des deutsch-russischen Vertrages den Standpunkt, daß der Vertrag den Grundfragen, die in der Resolutionen von Cannes enthalten sind, wenigstens was die Anerkennung der Schulden und der Auslieferung der betrauten Schützen anbelangt, widersprechen. Der „Welt Parisien“ schreibt, es scheint nimmermehr schwierig, Deutschland zu dem vollständigen Unteraufschuß von elf Milliarden zuzunehmen, der dazu führen sei, die russische Frage zu regeln. Es sei aber nicht unmöglich, daß das Ergebnis noch radikaler sei, und daß die Genueer Konferenz gezwungen sei, sich anzuhängen. Bei der großen Bereitwilligkeit in der Lloyd George sich gestern abend befunden habe, wäre es wenig überraschend, wenn er der Seite sein würde, der die Ereignisse in voller Übereinstimmung mit den französischen Delegierten beschnitten. Nebenfalls werde die Tat Deutschlands auf der Konferenz und auf die europäische Lage die Wirkung einer wesentlichen Umstellung haben. — Das „Echo de Paris“ vertritt den Standpunkt, daß namentlich Deutschland in Europa nicht mehr allein stehe, um dem Verlangen Frankreichs Widerstand zu leisten. Die russisch-deutsche Gruppierung, die bis etwa zum Jahre 1890 auf Westeuropa gelaufen habe, bilde sich wieder und bedrohe Polen und die Kleinststaaten, die aus England und Österreich hervorgegangen.

Der heutige Dollarstand.
Berlin, 18. April. (Fig. Drahtberich.) Der Dollar notierte heute vorbörslich 284—286, mittags 12 Uhr 288—290.

Rapp verhaftet.
Stettin, 18. April. (Fig. Drahtberich.) Gestern nachmittags 3 Uhr ist Dr. Rapp von Schweden Tommer in Stettin eingetroffen und beim Verlassen des Bahnhofs auf Grund des feinerzeit erlassenen Steckbriefes verhaftet worden. Er wurde sodann nach Leipzig gebracht.

Drei neue Ueberfälle in Oberschlesien.
Obersiebenbrunn, 18. April. (Fig. Drahtberich.) Mehrere Banditen überfielen in einer abgelegenen Straße von Winda einen Postwagen, beraubten den Beamten den Heuboden vor die Brust und raubten 450 000 Mk. Die Verbrecher besteckten das Geld in einem Grundstück, wo es später aufgefunden wurde.

Wichtig, 18. April. Am 1. Osterfeiertag wurde des Schlosser Dromsch auf der Wundenstraße von einem französischen Soldaten ohne Grund niedergeschossen. Drei Augen verletzten ihn so schwer, daß er in hilfungslosem Zustande in das städtische Krankenhaus gebracht werden mußte. In dem Gärtnerhaus des Friedrichstraße wurde der Arbeiter Wollant von einem Franzosen erschossen. Nach der Tat entfloh der Soldat auf einem Hase.

Wieder zwei Tärten in Berlin ermordet.

Berlin, 18. April. Heute Nacht 12 Uhr wurden in der Händlerstraße die kirchlichen Staatsangehörigen Djemal und bei und bei Ebin, Gafar ermordet. Der erste war früher Generalgouverneur von Trapani, der zweite leitendes Mitglied des türkischen Komitees für Enghel und Fortschritt. Die Mordtat dürfte auf politische Beweggründe zurückzuführen sein. Es ist vermutlich von hier lebenden Armen in Berlin verübt worden. Nach Aussagen von Augenzeugen kommen als Täter drei schlanke, mittelgroße, dunkelblonde Leute im Alter von 25 bis 30 Jahren in Betracht. Diese drei Leute schickten unmittelbar nach der Tat von der Händlerstraße aus nach der Subjektstraße. Am Tatort wurde eine amerikanische Leinwand eine Behälter von 50 000 Mark ausgehört, der aus Ermittlung der unbekannten Mörder beiträgt.

Bunte Zeitung

Ein Weikerschwinder.

Die „Nation Belge“ berichtet über den Streich eines Deutschen namens Otto Stephan, der im Jahre 1918 an der Westfront gefangen genommen und im Lager Wabouris interniert wurde. Nach dem Waffenstillstand sei er ihm geflüchtet, den belgischen Behörden vorgegeben, daß er in Walmedy gebürtig sei, und er habe daraufhin die Freiheit erlangt. Kurz darauf habe er sich als angeblicher Hofmarschall selbstständig im holländischen Bureau der Armees 250 Wabouris des Königs Albert gestellt, die ihn sofort nach Koblenz geliefert wurden. Mit falschen Ausweisen habe er unter dem Namen eines belgischen Majors Otto von Beumy dem amerikanischen oberkommandierenden General Allen vierzig die belgische Militärbesatze überreicht. In der neu ausgearbeiteten Zusammenfassung entließen und sich damit nach Konstantinopel begeben, wo ihm am Hofe des Sultans ein prächtiger Empfang bereitet wurde. In Konstantinopel wurde er im englischen Hauptquartier verhaftet und von zwei Soldaten dem englischen Oberkommandierenden vorgeführt. Stephan habe er behauptet, daß er sich über die beiden Soldaten beschwerte, derart verhaftet, daß er ihn mit vielen Entschuldigungen wieder laufen ließ und die Befragung der beiden Soldaten verweigert. Augenblicklich soll sich Stephan in England aufhalten.

Das 1000jährige Goslar.

Mit dem 1. April hat die Stadt Goslar einen neuen Abschnitt ihrer Geschichte erlebt. Die tausendjährige ehemalige kaiserliche freie Reichs- und Hansestadt ist mit dem 31. März aus dem Kreisverbande ausgeschieden und bildet einen eigenen Stadtkreis. Das Ausgehen der Stadt wurde am Sonntag in einer der Bedeutung des Tages entsprechenden Weise feierlich begangen. In der neu ausgearbeiteten Zusammenfassung wurde eine gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Ausschüsse und des Kreisratstages abgehalten, an der auch Oberpräsident Roske teilnahm. Nach einigen Begrüßungsworten hielt Oberpräsident Roske eine Ansprache, in der er zu dem Schluß kam, daß wir im Vertrauen auf die Zukunft und die Arbeitstätigkeit des deutschen Volkes, die es auch in früheren schönsten Zeiten vor dem Untergange bewahrt hätten, auf eine hellere Zukunft hoffen dürfen, in der auch der Stadt ein weiteres Wachsen und Gedeihen beschieden sein möge. Die Teilnehmer an der bedeutungsvollen Sitzung trugen ihre Namen in das neue goldene Buch der Stadt Goslar ein.

Die überzählten Amerikaner und die geflochtenen Franzosen.

Aus Bonn wird gemeldet: Ein bezeichnender Vorgang hat sich in einem Kaffeehaus am Martinsgraben abgepielt. Redigier Mannergewinn schalt aus dem Lokal auf die Straße. Die Wache am Wessert, 38 bis ein Besucher, „heißt die im Stegertanz“, „Deutschland, Deutschland über alles“. Eine französische Partoutille kommt heran, hört den Gesang, ruft und holt Berührung, denn mit den Bonner Studenten ist nicht gut zu tun. Wohlgerichtet betritt die verhaftete französische Partoutille das Kaffeehaus, um die deutschen Sängern abzunehmen. Aber — was? Es ist kein Deutscher im ganzen Lokal. Amerikanische Soldaten sind es, die die deutschen wieder jagen, nicht weil sie die Deutschen lieben, sondern weil sie ihre französischen Bundesgenossen ärgern wollen. Unter dem Himmelslichte der Juchzenden stehen die Gefangenen des Völkerverbundes ab. — Vor noch nicht langen Zeiten lautete es anders. Da versuchte man einander, wie gerade, edelmütig und lebenswürdig die über alles zu schärende alliierte Nation ist. Als Stimmungsgebendes geben wir den Beweis wieder. Aber er mindert nicht unser Misstrauen daran, daß es über haupt zu weit gekommen ist, daß amerikanische Soldaten auf deutschem Boden mit ihren französischen Bundesgenossen ihren Spaß treiben und es wäre besser gewesen, die Amerikaner hätten sich die Franzosen belaisen belaisen.

Vollwirtschaft — Handel — Verkehr.

Verkehr am Getmarkt.

Wetter: Der Markt befindet sich in noch schwerem Zustand, so daß die Kommission die Preise um 8 Mark pro Hund ermäßigte. Der Anhalten der gütigen Witterung dürfte die Zufuhren auch bald erhöhen werden, so daß auch nach dem Fest mit einem ruhigen Geschäft zu rechnen ist. Die amtliche Witterung ist wie folgt: In Qualität Nr. 60—71, in Qualität Nr. 50—60—71, in Qualität Nr. 40—50—60—71, in Qualität Nr. 30—40—50—60—71. Die Fabrikern ermäßigte die Preise um 2 Mk. pro Hund.

Schmalz: Während die amerikanischen Notierungen nur unbedeutenden Schwankungen unterliegen, gingen die hiesigen Preise in den letzten Tagen der Berichtswoche infolge der mehrfachen Devisenkurse erheblich zurück. Steigen dann aber fast eben so schnell wieder als die Devisenkurse dann plötzlich wieder eine steigende Richtung einschlugen. Bei der Unfähigkeit der Marktlage waren die Käufer sehr zurückhaltend, so daß nur mäßige Umsätze stattfanden. Es notierten: Gutes Westernt Schmalz Nr. 42.50; Kurz-Lard in Tieres Nr. 43.50; do. in kleinen Packungen Nr. 44.—; Berliner Warentschmalz Nr. 44.—. Speck: ruhig; gefalzener amerikanischer Waidenspeck notiert Nr. 38—41.

Der Wert der Mark im Auslande.

Für 100 Mark wurden gezahlt:

in	1. April	15. April	18. April	Frank
Berlin	1,71	1,75	123,40	Frank
Amsterdam	0,86,75	0,89	59,20	Gulden
Kopenhagen	1,58	1,61	88,80	Kronen
Stockholm	1,90	1,94	88,80	Kronen
Wien	250,00	258,00	117,80	Kronen
Prag	16,78	17,32,5	117,40	Kronen
London	1,77	1,89	97,80	Schilling
New-York	0,32,75	0,33,75	23,80	Dollar
Paris	8,59	8,66	123,40	Frank
Rom	6,25	6,29	123,45	Lire

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und proo. Zell Dr. Gahle. — Sport: R. Gohelmer. — Anzeigen: G. Gahle. — Druck und Verlag: Metzger-Jungfer Druck- und Verlagsanstalt 2. Bahh, sämtlich in Verberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Das AGA Automobi
die vollkommenste Konstruktion der 6 St PS Klasse
Automobil-Wagen
HALLE a.S.

Die Zwangsvollstreckung.

Wenn man die von unserer Regierung jetzt an die Reparationskommission übergebene Antwortnote auf ihre wesentlichen Bestandteile hin untersucht, so wird man erkennen, daß sie nichts anderes ist als ein weiterer Schritt zu dem von Frankreich beabsichtigt verfolgten Ziel der Auslieferung des deutschen Privatvermögens. Man muß sich fragen, taumelt unsere Regierung dieser allmählich betriebenen Zwangsvollstreckung unbedeutend entgegen, oder bezieht sie unter dem Einfluß Georg Bernhards und des Staatssekretärs Viehoff vorzüglich die Erleichterung des deutschen Privatbesitzes? Um die Taktik der Reparationskommission zu durchschauen, genügt es, die Ereignisse der letzten Monate sich einmal kurz vor Augen zu halten.

Zu der Note vom 28. Januar hatte sich unsere Regierung zu der Ansicht bekannt, daß auch die schweren wirtschaftlichen und finanziellen Bedenken hinter die politischen Notwendigkeiten zurücktreten müßten. Hiermit hatte sie die in Gannés ausfinden den Entente-Staaten vereinbarten Bedingungen als „Notwendigkeit“ anerkannt. Sie beließen sich, wie Herr Dr. Reichenau hier unter der Hand mitgeteilt hatte, für das Rechnungsjahr 1922 auf 720 Millionen Goldmark in Devisen und 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen gleichmäßig teilte die Reparationskommission den Inhalt des Steuerkompromisses und den Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1922 mit. Dieser schloß mit einem Selbstbetrag von etwa 183 Milliarden Mark, von denen nach dem damaligen Kursstand nur etwa 45 bis 50 Milliarden durch Zwangsvollstreckung gedeckt werden sollten. Die Regierung versuchte sich hinsichtlich aller Punkte der Zahlung, einer von der sie offen zugab, 4/4 nicht aufbringen zu können.

Die Note der Reparationskommission vom 22. März nimmt hierauf nun unmittelbare Bezug. Sie stellt zunächst fest, daß sich in dem ihr übergebenen Haushaltsplan einschließlich der „Durchführung“ des Friedensvertrages ein Selbstbetrag von 183 Milliarden Mark ergibt. Hierauf fordert sie, daß einmal die durch das Steuerkompromiß vorgesehene Steuern vor dem 30. April in Kraft gesetzt werden und daß bis zum 31. Mai weiterhin 30 Milliarden Mark neue Steuern bewilligt sein müssen.

Darüber, daß die Forderungen schließlich unerschütterlich sind, war sich die Reparationskommission zweifellos im Klaren. Man bemerke damit vor letzten Ende auch nur der deutschen Regierung nahe zu legen, die Summe auf anderem Weg, nämlich durch Konfiskation des deutschen Privatvermögens aufzubringen. Außerdem würden die geforderten 60 Milliarden Mark das Defizit von 183 Milliarden Mark ja auch nur auf rund 123 Milliarden Mark verringern, und keineswegs beseitigen. Dieser nicht gedeckte Teil des Konfiskationsbetrags soll unter keinen Umständen durch Zinsentlastung von Staatsanleihen oder durch Verkauf von schwebenden Schuld und der Rotenausgabe, sondern durch innere Anleihen. Es liegt auf der Hand, daß hier nur Zwangsvollstreckung in Frage kommen können. Durch äußere Anleihen sollen dagegen die nicht im laufenden Etat vorgesehenen Summen, also die benötigten C.-Bonds mobilisiert werden. Sollte sich dies nicht ermöglichen lassen, so wird die Regierung angefordert, eine Zahlung in Kapital durch andere Mittel insbesondere durch eine Abgabe auf die beweglichen und unbeweglichen Realvermögen zu bewirken. Die fortlaufenden Jahreszahlungen müssen also ausschließlich aus der Einlösung des deutschen Volkvermögens bestritten werden, während man für die Abtragung der übrigen Kapitalschulden getrieben will, ausländische Anleihen aufzunehmen. Da dies aber nach dem Urteil der Kontrolleure nicht bei der völligen Kreditlosigkeit des Reiches nicht möglich ist, so müßten innere wie äußere Anleihen letzten Endes durch dasselbe Mittel, nämlich die Konfiskation des deutschen Privatvermögens aufgebracht werden. Den Unterschied zwischen Steuern und Konfiskation hatte aber selbst der Versailleser Vertrag noch anerkannt, denn in ihm ist nur

von Steuern die Rede, die mindestens ebenso hoch sein müßten wie in den Entente-Ländern. Dagegen ist von einer Konfiskation überhaupt nicht die Rede, und selbst in dem Kommentar der amerikanischen und englischen Sachverständigen zu den Versailleser Bedingungen heißt es: „Eigentum und Einkommen schließt nicht ein als Staatsvermögen und die tatsächlich eroberte Staatsvermögen. Das Privatvermögen deutscher Staatsangehöriger ist bestimmt ausgeschlossen.“

Anschließend ist sich die deutsche Regierung über diesen Stand der Dinge überhaupt nicht im Klaren, denn in der jetzt erteilten Antwortnote beschränkt sie sich darauf, die unsinnigen Forderungen, die die Reparationskommission selbst kaum ernst genommen haben dürfte, zurückzuweisen. Im übrigen legt sie sich auf das Bestehen der Rechte von ihrem Recht auf Grund des Artikels 234 Gebrauch und erkennt sich selbst dazu bereit, die Frage der Garantien für die Reparationsleistungen zu prüfen! Diese Garantien bestehen nun in nichts anderem als der Verpfändung der deutschen Gewerbe. Hiermit kommt die deutsche Regierung den französischen Plänen unmittelbar entgegen, sie bietet in ihrem Erfüllungskatalog die Hand dazu, und auch noch die Rechte zu nehmen, die uns selbst der Versailleser Vertrag gelassen hatte.

Kapitalerhöhungen und Sinken des Marktwertes.

Die anhaltende Verbilligung unserer Zahlungsmittel vorer wir uns meistens auszubilden pflegen, die ständige Verwertung der gesamten Lebensmittelfaktoren bedingt natürlich eine gewaltige Steigerung der Kreditanspruchnahme. Je höher die Preise aller Rohmaterialien, Fertigfabrikate und landwirtschaftlichen Erzeugnisse steigen, je höher wird naturgemäß der Kreditbedarf der Wirtschaft. So kommt es denn, daß die Stammkapitalien unserer Bankanstalten schon seit Jahren nicht mehr ausreichen, um einer solchen Belastung nachzukommen. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, daß wir keine Goldwährung mehr haben, sondern im Laufe der letzten Jahre und vor allem unter dem Druck des Friedensvertrages zur Papierwährung übergegangen sind. Das gesamte Aktienkapital der Banken stellte am 30. Juni 1921, unter Berücksichtigung der Aktienkurse und der bis zu diesem Termin erfolgten Erhöhung des Stammkapitals nur 10% ihres Wertes vom Aktienkapital am 30. Juni 1914 dar. Selbst ist aber die Kaufkraft der Mark und ihre Kreditwertigkeit, im Dollar gemessen um ungefähr das 6fache entwertet, jedoch der wahre Wert, oder, wie man so schön sagt, der Goldwert, bei Weitem nicht mehr 10% sondern nur noch etwa 2% beträgt. So erklärt es sich denn, daß neue Erhöhungen des Aktienkapitals unvermeidlich werden. Die Diskontogeldpolitik hat ferner den Anlaß gemacht und ihren Kommanditisten eine Erhöhung des Kommanditkapitals von 400 auf 600 Millionen Mark vorgeschlagen. Aber nicht nur die Banken gehen mit Kapitalerhöhungen vor, sondern auch die staatlichen Finanzinstitute. So erhöht z. B. die preussische Zentralgenossenschaft für Kapital von 125 auf 500 Millionen Mark und die Seehandlung von 400 auf 560 Millionen. Auch diese Zahlen sind wiederum ein Beweis für unsere so überaus traurigen, ja fast katastrophalen „Friedensverhältnisse“.

In dieser Lage befinden sich aber die Banken und Finanzinstitute nicht allein, sondern sie teilen ihr Schicksal mit fast allen industriellen Unternehmen. Jede Aktiengesellschaft, jede G. m. b. H. ist heute gezwungen neue Aktien, bzw. Anteilseigner auszugeben, um ihr Kapital zu erhöhen. Aber auch hier entspricht die Erhöhung in Papiermark keineswegs dem Goldwert der Jahre vor dem Krieg. Am Juni 1921 betrug der Wert des gesamten Stammkapitals einschließlich der Aktienemissionen vor 20 namhaftesten deutschen Industrieunternehmen in Goldmark 25% des Wertes des Stammkapitals vom 30. Juni

1914. Seit dem Juni vorigen Jahres bis in unsere Tage ist die Mark, wie schon gesagt, aber weiter um das 8fache entwertet. Die heute gültige Biffer beträgt also 80%, falls seit dem Juni 1921 keine Erhöhung vorgenommen würde. Um den Friedenswert ihrer Aktien zu erreichen, müßten also die Unternehmen ihre Stammkapital von 1914 um das 80,3fache erhöhen haben. Besehlig aber wird man wohl ein Institut finden, das das bis jetzt hätte ermöglichen können. Die ganzen Wirtschaftskennzeichen von Handel und Industrie sind nur ein trügerischer Schein, der bei wahrer Betrachtung in der Nichts zusammenfällt. Je mehr das Reich auslandische Zahlungsmittel kaufen muß, je tiefer sinkt die Mark, je mehr wird unsere Volkswirtschaft vom Siegerstammkapital zum Weißbrot ausgefressen. Das Ausland kann seit den letzten Jahren unsere Volkswirtschaft, die man neuerdings als „Goldbrute“ bezeichnet, nämlich landwirtschaftlichen Grund und Boden, häßliche Ausgrabungen und industrielle Produktionsanlagen, sowie alle produktiv arbeitenden Kapitalien zu einem geringen Bruchteil derjenigen Preise erwerben, die im Jahre 1914 ganz notwendig gewesen wären. Je niedriger aber der Goldmarkwert unserer volkswirtschaftlichen Produktionsvermögen wird, desto größer wird die Gefahr des Ausverkaufs unserer Produktkraft an das Ausland. Diese Eingabe von Teilen unseres Volkvermögens kann nicht beliebig lange fortgesetzt werden, denn es würde dies ein Leben auf Kosten unserer wirtschaftlichen Zukunft bedeuten.

Die gegenwärtigen Zustände dürfen nicht von langer Dauer sein. Wichtigste Bedarfsgegenstände sind im Inlande nicht mehr zu erheblichen Preisen, ja zum Teil überhaupt nicht mehr zu haben. Erholungsstätten und Heilbäder sind durch Lieberleistung mit Ausländern für Deutsche fast verperrt. Hier muß Abhilfe geschaffen werden, wenn uns das valutarische Ausland nicht in unseren eigenen Grenzen fast freisetzen soll. Eine hohe Ausländersteuer ist nötig mit allergrößter Ausnahme zugunsten deutscher Volkswirtschaft, die im Zustande wohnen.

Bunte Zeitung

Der Taucher im versunkenen Schiff.

Eine der bedeutendsten Taucherepeditionen, die jemals ausgerichtet wurden, verlief dieser Tage vornehmlich, um die noch nicht geborenen Goldbarren auf dem Boden des Dampfers „Laurentia“ zu retten. Der Dampfer wurde während des Krieges der Luftschiffahrt torpediert und Barren im Werte von vier bis fünf Millionen Sterling konnten bereits gerettet werden. Es blieben aber noch zwei bis drei Millionen Pfund Sterling in Goldbarren zu haben, und deshalb haben die englische Admiralität und das Schatzministerium zusammen das Bergungsschiff „Mace“ ausgerüstet. Man nimmt mit Bestimmtheit an, daß auch die verbliebenen Goldbarren des Mace abgerufen werden, denn die Wächter der Schatzkammer unter Wasser sind in letzter Zeit außerordentlich ausgebildet worden. Um dem Taucher die nötige Luft unter Wasser zu zuführen, verwendet man keine Schwimmbalme mehr, sondern große Maschinen, die sehr langsam aber mit elektrischer Tätigkeit unter Wasser bleiben der Taucher durch eine Telefonleitung neben zugleich seine Rettungsleine ist, mit den Worten auf dem Schiff in ständiger Verbindung. Die Meinung von Schiffen vom Land und Schallener erfolgt durch Internationspumpen, die von dem Schiff in das Meer für untergeordnet werden und dem Taucher die Arbeit sehr erleichtern. Es braucht überhaupt nicht mehr selbst tätig zu sein, sondern muß nur die Arbeit der Maschiner unter Wasser beschleunigen.

Wenn keine Pumpen verwendet werden können, dann bedient sich der Taucher eines Sauerstoffapparates, durch den ein mäßiger Wasserstrom nach dem Mund geleitet wird, der die Atmung vornimmt. Der Taucher arbeitet dann ähnlich wie ein Bergarbeiter, der seine Spitze auf ein brennendes große Gefäß richtet. Der Taucher kann sogar bei elektrischer Tätigkeit die Goldbarren werden in einem herausgehenden, die voll Wasser sind, so daß das Wasser hindurchfließen kann. Ein modernes Bergungsschiff führt sogar Einrichtungen für einen „Himmels“ mit sich, die unter Wasser errichtet werden können und dem Taucher Aufenthalt gewähren.

Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Warde.

15 *Manuskript verlesen*
„Sie sind im Irrtum. — Wen auch immer ich verurteilen haben mag, Herr Eberhard von Rominger war es jedenfalls nicht.“
„Ah, das ist ja sehr überraschend. — Und wer war es sonst?“
„Ich werde Ihnen seinen Namen unter keinen Umständen nennen.“
„Wollen Sie mir auch nicht sagen, was dieser — dieser geheimnisvolle Unbekannte auf dem Balkon unseres Hauses zu schaffen hatte?“
„Er war gekommen, um mich zu sprechen.“
„Warten in der Nacht? — Fühlen Sie denn nicht selbst, wie unangelegentlich diese Auskunft ist? — Warten Sie mir im Ernst zu, an ein solches Warten zu glauben?“
„Ich kann trotzdem nicht anders sagen. Wenn er mich unangelegentlich sprechen wollte, so gab es für den Herrn, dessen Namen ich Ihnen nicht nennen kann, keine andere Möglichkeit, als daß er es zu nächster Stunde versuchte. Sie selbst, gnädige Frau, wissen ja am besten, daß ich während des Tages unter händiger Aufsicht und Beobachtung bin und daß niemand sich mir nähern können, ohne von dem Herrn oder dem anderen Aufpasser bemerkt zu werden. Sollte ich von meinem tollkühnen Vorhaben gewußt, so würde ich mich natürlich bemüht haben, es zu verhindern. Aber auch ich war erst durch das seltsame Geräusch aufmerksam geworden, das auch Sie aus dem Schlafe rief. Und da ich den Herrn, nachdem ich ihn erkannt hatte, unter seinen Umständen fremden Willen preisgeben konnte und durfte, wählte ich den einzigen möglichen Weg, um ihn einer Entdeckung zu entziehen. Ich ließ ihn in mein Zimmer, verbarge ihn, als Sie an die Tür klopfen, in meinem Kleiderkammer und half ihm, als alles wieder still geworden war, das Haus auf demselben Wege zu verlassen, auf dem er es betreten hatte.“
„Aber geht kein Wort von ihm ab?“
„Aber die Ruhe und Sicherheit, mit der Herr Ihre Erzählung vor-

gebracht hatte, verleihe ich mir sozusagen in eine gewisse Unentschlossenheit und Verzerrung. Und sie wußte für den Augenblick die Situation nicht anders zu retten, als durch die mit schneidendem Cartasmus vorgebrachte Bemerkung.“

„Aun, ich bin jedenfalls sehr gelangt, was mein Vater zu Ihren nächtlichen Abenteuern lassen wird, Fräulein Leuendorf!“

Da erpob das junge Weibchen den Kopf und sah ihr mit festem, klarem Blick in die bosaft glühenden Augen.
„Er wird sagen, Frau Hermann, daß Sie sehr unrecht daran getan haben, als Gesellschaftlerin für seine Tochter ein Mädchen zu engagieren, von dessen Charakter und von dessen Verhältnissen Sie so wenig wußten. Und er wird sehr unangelegentlich sein über die Aussicht auf den Skandal, den ein plötzliches Davonjagen dieses Mädchens wahrscheinlich im Gefolge haben wird.“

Wenn ein Blick die Macht hätte zu töten, so würde Herta ohne allen Zweifel im nächsten Moment leblos von ihrem Stuhle gestiegen sein. Denn der Schlag, den sie da zu ihrer Verblüffung gefühlt, hatte ihrer Gegerin gezeigt, daß sie in Wahrheit noch sehr weit entfernt sei von dem Ziele, dessen sie sich schon ganz sicher glaubt. Und die misstrauische Abneigung, die sie gegen die Gesellschaftlerin hegte, seitdem sie wahrgenommen, in wie hohem Maße sie Magdalenas Herz gewonnen, wurde in diesem Augenblick zu schließlichen Ekel.

Ohne ein Wort der Erwiderung, aber mit einer Augenblicke, die nicht mißgünstiger war, stand sie auf und wies nach der Tür hin. Auch Herta hatte sich erhoben und mit einem leichten Weigen des Hauptes, das von seinen Wabeln mit einer kurzen, zornigen Gebärde beantwortet wurde, gekehrte die ihm stummem Weibe.
„Sie atmete tief auf, als sie die Tür des Speisenzimmers hinter sich zuging, und es war nichts mehr, das einer Regung der Furcht ähnlich gesehen hätte, in ihrem Herzen.“

Was ihr möglicherweise jetzt noch bedorftand, sie fühlte sich stark genug, es zu ertragen. Man konnte sie mit Schimpf und Schande aus dem Hause jagen, aber man konnte sie nicht zwingen, ein Geheimnis preiszugeben, das zu bewahren sie entschlossen war. Und wenn auch die For-

stellung, vielleicht schon nach vierzehn Stunden die beiden Menschen, die ihr so teuer geworden waren, auf immer verlassen zu müssen, ihr fast das Herz brachen sollte, so war sie doch ihres Stolzes und ihrer in manchen bitteren Stunden erprobten Kraft des Leidens hinlänglich starker, um auch diesem Leiberleben mit Ergebung entgegenzusehen.

Sie schloß sich an, die Treppe in das obere Stockwerk emporzuklimmen, als plötzlich der stürmende Klang einer Stimme hart an ihrer Seite sie erschrocken zusammenschrecken ließ.

Es war eine Stimme, die sie unter Hunderten jederzeit erkannt haben würde — und sie raunte ihr zu:

„Sie müssen mir noch einige Minuten gedulden, Fräulein Herta — Sie müssen! Denn ich habe alles gehört.“

Es war Eberhard, der da neben ihr stand, und der in seinem Älter, sie zurückzuhalten, die Hand auf ihren Arm gelegt hatte. Sie sah, daß er rascher atmete als sonst, und daß seine Augen in einem ganz eigenen Glanze leuchteten.

„Ja, ich habe alles gehört“, wiederholte er, noch ehe ihre Heberachtung ihr gestattet hatte, ihm zu antworten. „Denn meine liebe Stiefschwester hat offenbar nicht daran gedacht, daß die Türöffnung zum Frühstückszimmer nur durch einen Vorhang verschlossen war, und ich bereue es wahrlich nicht, gehört zu haben, obwohl es zum ersten Mal in meinem Leben mit voller Allsichtigkeit geschah.“

Herta hatte einen vergeblichen Versuch gemacht, sich von dem Geiß seiner Hand zu befreien.

Sie haben trotzdem sehr unrecht getan, Herr von Rominger, gab sie ebenso leise zurück. „Und nun lassen Sie mich um des Himmels willen gehen!“

„Nicht, bevor Sie gehört haben, daß ich entschlossen bin, meine Pflicht zu tun.“
„Ihre Pflicht? — Mein Gott, Sie haben doch jetzt kein Bedenken, als die Pflicht zu schwören.“
„Doch!“ widersprach er, und ein hinreißend liebenswürdiges Lächeln ging über sein Gesicht. „Ich denke, daß ich noch eine andere habe, nämlich die Pflicht, Sie zu meiner Frau zu machen.“

(Fortsetzung folgt.)

